WP-3-493 Kapitel 3: Berlin gestaltet Zukunft

Antragsteller*in: Thomas Wiskirchen (KV Berlin-Neukölln)

Änderungsantrag zu WP-3

Von Zeile 492 bis 493 einfügen:
wir auf lebensphasengerechte Arbeits- und Arbeitsplatzgestaltung sowie auf flexible Arbeitszeitmodelle.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir koordinierte Vorhaben zu Ausbildung und Anwerbung internationaler Fachkräfte, die zur Qualifizierung junger Menschen im Ausland beitragen und eine faire und sichere Vermittlung an Ausbildungsbetriebe in Berlin ermöglichen wollen, wie z.B. das geplante Ausbildungszentrum der IHK Berlin in unserer Partnerstadt Whindhuk, Namibia. Für uns ist dabei unverzichtbar, das Auszubildende im In- und Ausland eine adäquate und gleichwertige Ausbildungsvergütung erhalten. Diskriminierende Praktiken, die für Auszubildende finanzielle Unsicherheit bedeuten, einen sog. brain drain befördern und den Ausbildungsstandort Berlin gefährden, lehnen wir entschieden ab.

Begründung

Die IHK Berlin plant ein eigenes Ausbilungszentrum in Windhuk, Namibia, welches bereits im September 2026 mit einer ersten Ausbildungskohorte starten soll:

https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2025/10/berlin-kai-wegner-staedtepartnerschaft-windhuk-namibia-besuch.html

Dort sollen junge Menschen eine Ausbildung nach deutschen Standards erhalten, die sowohl hier als auch in Namibia anerkannt sein soll, explizit mit dem Ziel, Gesellen nach ihrem Abschluss eine Stelle in einem Berliner Betrieb anzubieten:

https://www.rbb24.de/wirtschaft/beitrag/2024/10/berlin-fachkraefte-ausbildung-namibia.html

Wie aus der Antwort des Schwarz-Roten Senats auf eine Schriftliche Anfrage hervorgeht, ist für die Auszubildenden in Namibia anscheinend allerdings keine reguläre Ausbildungsvergütung geplant, sondern diese sollen die Kosten selbst tragen und allenfalls durch Stipendien unterstützt werden: https://www.nd-aktuell.de/artikel/1187695.internationale-beziehungen-mit-arbeitern-aus-namibia-gegen-den-fachkraeftemangel-in-berlin.html

Dies stellt eine inakzeptable Ungleichbehandlung dar. Es birgt die Gefahr eines sog. "brain drain", bei dem nur die ohnehin schon gut qualifizierten und finanziell besser Gestellten an dem Ausbildungsprogramm teilnehmen und anschließend das Land verlassen. Außerdem könnte das vorhaben, im Ausland deutlich "günstiger" auszubilden Ausbildungsplätze in Berlin gefährden.

Wir wollen eine Strategie der Fachkräfteanwerbung, die auf Fairness und Sicherheit setzt und Azubis in Berlin und in Drittstaaten nicht gegeneinander ausspielt. Deshalb fordern wir, Azubis in solchen Ausbildungszentren in Drittstaaten gleichwertig mit Azubis in Berlin zu vergüten und verbindliche Standards für Projekte wie dieses in einer Berliner Fachkräftestrategie zu verankern.

Unterstützer*innen

Daniel Eliasson (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Tjado Stemmermann (KV Berlin-Neukölln); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Birgit Gust (KV Berlin-Kreisfrei); Elina Schumacher (LV Grüne Jugend Berlin); Bogusz Schmidt (KV Berlin-Reinickendorf); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow)